

In zahlreichen revanchistischen Landsmannschaften geben Leute wie der in der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte Mörder unschuldiger Polen, der Bonner Exminister Oberländer oder der frühere führende Henlein-Faschist und heutige prominente CSU-Politiker Dr. Hans Neuwirth den Ton an. Neuwirth darf öffentlich erklären, daß solche Naziverbrecher wie Hlinka, Tiso und andere heute auch den Deutschen „zum Vorbild werden“ — wörtlich zitiert aus der „Schlesischen Rundschau“ vom 22. März 1963. Mehr als 200 Emigrantenorganisationen, die für die imperialistische „Neuordnung“ ganz Ost- und Südosteuropas eintreten, werden von den Quislingen und Kollaborateuren Hitlers angeführt. Obwohl diese mit unzähligen Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen belastet sind, wurden sie unter Bruch des Völkerrechts und unter Mißbrauch des in der westdeutschen Verfassung garantierten Asylrechts als „politisch Verfolgte“ anerkannt und in der Bundesrepublik aufgenommen. Als „Gegenleistung“ bedrohen bzw. ermorden sie Vertreter sozialistischer Staaten in der Bundesrepublik oder schleusen sie Terroristen und Diversanten besonders in ost- und südosteuropäische Volksdemokratien ein.

Die noch immer verbliebenen, zu einem neuen Sprung ansetzenden Kreaturen Hitlers gehören zu den gefährlichsten Überresten des zweiten Weltkrieges, die das friedliche Zusammenleben der Völker auf der Basis der friedliebenden Koexistenz ernsthaft bedrohen. Das Problem der Verfolgung und Bestrafung aller wirklichen Nazi- und Kriegsverbrecher muß deshalb auch in Westdeutschland konsequent gelöst werden, damit die Nachkriegszeit, die ihrem Ende entgegengeht, nicht in eine neue Vorkriegszeit hinüberführt. Ihre Nichtverfolgung und Nichtbestrafung bereitet den Nährboden für das Streben der reaktionären Kräfte in Westdeutschland nach Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, was eine neue akute Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker herauf beschwört.

Eine große Verantwortung — Frau Dr. Benjamin wies bereits darauf hin — tragen hierbei die westdeutsche Arbeiterklasse, vor allem die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Gewerkschaften, aber auch die demokratisch gesinnten Kreise des Bürgertums, der Intelligenz und anderer Schichten der westdeutschen Bevölkerung. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sollten ihrer Führung endlich klarmachen, daß sogenannte „Kleine Anfragen“ oder andere parlamentarische Wort-